

STATEMENT

**Bärbel Dieckmann,
Präsidentin
der Welthungerhilfe**



Pressekonferenz Preisdruck auf Agrarrohstoffe – Herausforderungen im Kampf gegen den Hunger

Berlin, 13. April 2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

meistens hört und sieht man ihn nicht. Der Hunger ist eine stille Katastrophe. Sie spielt sich in weit entfernten Ländern und dort vor allem in den entlegenen ländlichen Gebieten ab. Weltweit hungern 925 Millionen Menschen, fast eine Milliarde.

Besonders bei Kindern hat Unterernährung mittlerweile erschreckende Ausmaße angenommen.

In Entwicklungsländern sind rund 195 Millionen Kinder unter fünf Jahren zu klein für ihr Alter und damit unterentwickelt – das entspricht etwa einem Drittel aller Kinder. Fast ein Viertel der unter Fünfjährigen, d.h. 129 Millionen, ist untergewichtig, und ein Zehntel leidet sogar an starkem Untergewicht.

Nach dem aktuellen Welthunger-Index, den wir zusammen mit den Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungspolitik (IFPRI) in Washington jährlich herausgeben, ist in 29 Ländern die Hungersituation sehr ernst oder gravierend, insbesondere in Südasien und Afrika südlich der Sahara.

Die in absoluten Zahlen am meisten betroffene Region ist Asien und Pazifik mit 578 Millionen unterernährten Menschen. Der Anteil unterernährter Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in Sub-Sahara-Afrika mit 30 Prozent am höchsten.

Hunger hat komplexe Ursachen.

Kriege, Vernachlässigung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern, fehlende Einkommen und Klimaveränderungen gehören dazu.

In den vergangenen Jahren haben auch die hohen Nahrungsmittelpreise dazu geführt, dass die Hungerzahlen steigen. Deshalb kam es 2008 auch zu zum Teil gewaltsamen Protesten weltweit.

In diesem Jahr hat der Nahrungsmittel-Preisindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO einen historischen Höchststand erreicht, seit dem Beginn der Messungen 1990. Es besteht Grund zu höchster Besorgnis, da viele Entwicklungsländer auf Importe angewiesen sind, um ihre Bevölkerung zu ernähren.

Importeure aus Mali oder Kenia müssen für jede Tonne eingeführten Getreides heute 50 Prozent mehr zahlen als vor zehn Jahren. Für Haiti haben sich die Einfuhrpreise sogar verfünffacht. Allein in den vergangenen acht Monaten hat die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen nach Schätzungen der Weltbank um 44 Millionen zugenommen.

Sie müssen sich vor Augen halten: In deutschen Haushalten belaufen sich die Ausgaben für Lebensmittel auf ca. 13 Prozent des monatlich verfügbaren Einkommens. In Bangladesh müssen Haushalte ungefähr 55 Prozent, in Sambia 60 Prozent, in Vietnam 65 Prozent und in Nigeria sogar über 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Bei weiteren Preissteigerungen wird die tägliche Mahlzeit für Arme zu Luxusgut oder schlicht unerschwinglich!

Die Folgen sind auch langfristig: Diese Menschen müssen ihre Ausgaben in Bildung, wie etwa Schulgeld, oder Gesundheitsversorgung einschränken. Dies zusammen mit der Einschränkung der Arbeitskraft führt zu hohen Kosten und langfristigen Nachteilen für die Volkswirtschaften der Länder.

Es gibt viele Ursachen für die Preisanstiege: die Ministerin wird darauf gleich näher eingehen. Wie die Anfang April veröffentlichte Studie der Welthungerhilfe „Finanzmärkte als Hungerverursacher?“ zeigt, verschärfen auch exzessive Spekulationen auf Agrarrohstoffe den Hunger.

Spekulation gibt es schon immer. Seit etwa fünf Jahren ist jedoch eine neue Kategorie branchenfremder Spekulanten – sogenannte Index-Spekulanten – dazu gekommen. Wenn sie bei den Finanzgeschäften, die letztlich wie Wetten funktionieren, auf steigende Preise setzen, wirkt sich das am Ende auf die tatsächlichen Getreidepreise aus.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Handeln der Kapitalanleger auf den Getreidemärkten in den Jahren 2007 bis 2009 zu einem Preis führte, der um bis zu 15 Prozent höher liegt als der sich aus den Fundamentalfaktoren ergebende Preis. In den USA erwarben etwa 70 Indexspekulanten auf diese Weise Anrechte auf jeweils etwa fünf bis zehn Prozent der Weltjahresproduktion von Mais, Weizen und Soja – oder 40 Milliarden Dollar. In Deutschland haben sich Anleger nach Schätzungen der Studie Getreidelieferungen im Wert von 4,5 Milliarden gesichert – wenn die Anleger dies wollten, was aber fast nie gewünscht wird. Im Mittelpunkt dieser Geschäfte steht die Wette um die richtige Vorhersage der Preise.

Meine Damen und Herren, wenn ich auf den Ausgang eines Fußballspiels wette, dann beeinflusst das das Ergebnis nicht. Wenn ich aber auf steigende Nahrungsmittelpreise wette, verschärft das den Hunger. Das verletzt das Menschenrecht auf Nahrung!

Die Welthungerhilfe fordert daher:

1. Mehr Transparenz: Wir brauchen eine valide und zeitnahe Datenbasis über Ernten und Lagerbestände, um das Spekulationspotential zu verringern.
2. Mehr Kontrolle: Verbesserte Dokumentation durch Berichtspflichten – wer handelt mit wem warum?
3. Mehr Regeln, etwa: Mengenbeschränkungen für die einzelnen Händler, Preisbeschränkungen für die Finanzprodukte, und schließlich: die Ein-

führung eine Börsenumsatzsteuer, die gezielt exzessive Spekulation und Preisspitzen eindämmt.

Ich begrüße es sehr, dass jetzt im Rahmen der G20 ein intensiver politischer Prozess zu diesem Thema gestartet wurde und hoffe, dass er zu einem positiven Ergebnis im Sinne der Hungernden führen wird.

Um die Entwicklungsländer unabhängiger von Importen und damit Preisschwankungen zu machen, ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich. Die G8 haben auf dem Gipfeltreffen in L'Aquila im Juli 2009 22 Milliarden für drei Jahre für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung versprochen. Diese Mittel sind kaum geflossen oder es wurden schon bestehende Mittel und Projekte einfach umgewidmet.

Deutschland wird drei Milliarden Dollar (700 Millionen Euro pro Jahr) beisteuern. Der Fokus darf dabei nicht nur allgemein auf dem ländlichen Raum liegen – es muss ganz gezielt die Ernährungslandwirtschaft gefördert werden! Kommunalentwicklung, Minenräumung oder Wirtschaftsförderung sind wichtig, aber zunächst geht es um das unmittelbare Überleben. Besseres Saatgut, Bewässerung, Beratung und ländliche Infrastruktur wie Straßen und Brücken sichern die Ernährung der Kleinbauern und damit das Recht auf Nahrung für alle!

Schließlich noch ein Hinweis auf die Nahrungsmittelhilfekonvention, die zurzeit fast unbemerkt von der Öffentlichkeit verhandelt wird. Die tendenziell steigenden Nahrungsmittelpreise führen dazu, dass die bereitgestellten Gelder nicht ausreichen und Rationen gekürzt werden müssen. Mitgliedstaaten wie Deutschland müssen dafür sorgen, dass ein humanitärer Mindestbedarf verlässlich gesichert ist. Außerdem müssen alle Nothilfemaßnahmen in langfristige Strategien zur Ernährungssicherung münden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!